



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü.

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 15.02.2023
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Landrat

Eberth, Thomas anwesend bis 18:25 Uhr

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Schuchardt, Christian

Mitglieder der CSU Fraktion

Krämer, Helmut anwesend von 16:02 Uhr bis 17:46 Uhr
Rothenbucher, Andrea anwesend bis 17:25 Uhr
Schmitt, Roland Vertretung für Herrn MdB Paul Lehrieder -
anwesend bis 17:55 Uhr

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hansen, Sebastian
Heußner, Karen anwesend bis 18:26 Uhr

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Schömig, Klara anwesend bis 18:31 Uhr

Mitglieder der SPD Fraktion

Haupt-Kreutzer, Christine anwesend ab 16:04 Uhr

Mitglieder der FDP/ödp-Fraktion

Kuhl, Wolfgang anwesend bis 17:55 Uhr

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Dehne, Niklas anwesend ab 17:00 Uhr
Grötsch, Christa
Heilig, Martin
Hofmann, Josef
Kolbow, Alexander anwesend bis 18:21 Uhr
Roth, Wolfgang
Schubert, Kurt
Spatz, Joachim Vertretung für Frau Charlotte Schloßareck -
anwesend bis 18:35 Uhr

Schriftführer/in

Troll, Margarete

Außerdem anwesend:

1 Vertreter der Medien
6 Zuhörer

Zu Ö1 – Herr Seidel, Smarte Region Würzburg

Zu Ö 2 – Herr Pototzky, Stadt Würzburg

Zu Ö 3 – Herr Mattheis und Herr Malsch Stadt Würzburg (Tiefbau- u. Verkehrswesen)
Herr Schneider, Stadt Würzburg (Stadtbaurat)

Zu Ö 4 – Frau Klein, Regierung von Unterfranken

Landratsamt:

S - Herr Dröse
SFB 3 - Frau Fuhrmann
SFB 6 – Herr Restetzki
SFB 7 – Herr Graf
SFB 8 – Herr Neubert
ZFB 3 - Frau Schumacher

Stadt Würzburg:

Herr Braminski, Persönlicher Mitarbeiter des Oberbürgermeisters

Kommunalunternehmen:

Frau von Vietinghoff-Scheel

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der CSU Fraktion

Braunreuther, Sarah

Götz, Jürgen
Lehrieder, Paul, MdB

Vertretung für Herrn Jürgen Götz -
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Freiherr von Zobel, Felix
Rützel, Thomas

entschuldigt
Vertretung für Herrn Felix Freiherr von Zobel -
entschuldigt

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Schloßareck, Charlotte

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Smarte Region Würzburg: Strategie zur Stärkung der sozialen Resilienz **StabL/006/2023**
2. Bus-Bevorrechtigung an Lichtsignalanlagen in der Versbacher Straße und Busspur in der Schweinfurter Straße **StabL/008/2023**
3. Radverkehrskonzept für Stadt und Landkreis Würzburg **SFB7/004/2023**
4. Zukunftsstrategie stadt.land.wü. - Workshop **StabL/007/2023**

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Stadträtinnen und Stadträte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Kreisrat Hansen stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und nimmt Bezug auf die letzte Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. (IKA) vom 19.12.2022 und dem dortigen TOP Ö 5. Die Ausführungen im Protokoll der Stadt Würzburg seien so nicht ganz richtig. Der TOP hätte heute auf die Tagesordnung genommen werden sollen.

Landrat Eberth entgegnet, dass das Protokoll zur Sitzung des IKA vom 19.12.2022 noch nicht veröffentlicht sei und dass ein Bericht in der nächsten Sitzung erfolgen werde.

Kreisrat Hansen ist es wichtig, dass eine Berichterstattung in der Juni-Sitzung erfolgt, damit eine Umsetzung im September erfolgen kann.

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 15.02.2023	Vorlage: StabL/006/2023
		TOP 1
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Smarte Region Würzburg: Strategie zur Stärkung der sozialen Resilienz

Anlage/n: Präsentation
Strategie zur Smarten Region Würzburg

Sachverhalt:

Seit dem Erhalt der formalen Förderzusage zum Modellprojekt Smart City im Dezember 2021 hat ein interdisziplinäres Team von Stadt und Landkreis intensiv an dem nun vorliegenden Strategiepapier gearbeitet. Die Bürger:innen, Kommunen sowie Vereine und Verbände der Region konnten sich im Rahmen verschiedener Beteiligungsformate einbringen. Zusammenfassend wird Folgendes in der Strategie festgestellt und vorgeschlagen:

Stadt und Landkreis Würzburg sind eng miteinander verbunden. Wie eng zum Beispiel die wirtschaftliche Verflechtung ist, zeigt schon die hohe Zahl von Berufspendlern und –pendlerinnen sowie Schülerverflechtungen, die täglich zwischen Stadt und Landkreis unterwegs sind. Auch dass der Landkreis die Stadt wie ein Kragen umschließt und die erfolgreich bestehende Zusammenarbeit unter der Dachmarke stadt.land.wü unterstreichen die Bedeutung der Beziehung. Diese Zusammenarbeit auf dem Weg zur Smarten Region auszubauen, ist daher zwingend, um der Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort Rechnung zu tragen.

Erste Projekte aus dem Smart-City-Bereich wurden bereits in Stadt und Landkreis Würzburg begonnen. Insbesondere beim Thema digitale Öffentlichkeitsbeteiligung baut die Strategie auf Bestehendem auf. Genauso werden vorhandene Entwicklungskonzepte aus diversen Handlungsbereichen integriert und ergänzt, sodass sich die Strategie der Smarten Region in ein Gesamtbild einfügt. Gerade die

- integrierten städtebaulichen und ländlichen Entwicklungskonzepte (ISEK/ILEK),
- Vorhaben zur Stärkung des Klimaschutzes
- und die gemeinsamen Strategien von Stadt und Landkreis zu Bildung, Gesundheit und Wohnen

finden Beachtung.

Ebenso fließen gesamtgesellschaftliche Megatrends in die Strategie ein. Vor allem die Themen

- Konnektivität,
- Individualisierung,
- zunehmendes Gesundheitsbewusstsein,
- New Work,
- Wissenskultur,

- Silver Society,
- der starke Wunsch nach mehr Sicherheit
- und die Urbanisierung

spielen eine Rolle. All dies wird eingebettet in den Kontext einer smarten Kommune, die eben nicht darauf aus ist, moderne Technologien um ihrer selbst willen einzusetzen. Ihre Angebote sollen vielmehr immer orientiert an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort modernisiert werden. Dabei sollen analoge und digitale Innovationen gleichberechtigt vorangetrieben werden.

Die Herausforderungen sind dabei vielfältig. Beim Blick auf die Besonderheiten der Region Würzburg sticht heraus, dass bis 2040 deutlich mehr nicht erwerbsfähige Personen auf jeden Erwerbsfähigen und jede Erwerbsfähige kommen werden: 100 Personen im erwerbsfähigen Alter stehen dann 83,2 Personen gegenüber, die das erwerbsfähige Alter noch nicht erreicht oder schon überschritten haben. 2020 waren es noch nur 64,6 Personen. Zudem gilt die Stadt Würzburg mit einem Anteil von 52,9 Prozent Einpersonenhaushalten als die Kommune mit dem dritthöchsten Anteil an Single-Haushalten in Deutschland. Dies zeigt, vor welcher Aufgabe die Region steht, um den generationenübergreifenden gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Hinzu kommen die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie und weiteren Krisen, die gezeigt haben, wie verwundbar unsere moderne Gesellschaft doch ist. Gerade das Thema mentale Gesundheit hat an Bedeutung gewonnen.

In der Region gibt es vielfältige Strategien, die Aspekte dieser Herausforderungen in Teilen angehen. Die Projektpartner wollen die Chance ergreifen, die das Förderprogramm Modellprojekte Smart Cities bietet und die Strategie zur Stärkung der sozialen Resilienz ganzheitlich in Stadt und Landkreis Würzburg angehen und umsetzen.

Dabei wird unter sozialer Resilienz die Fähigkeit einer Gemeinschaft verstanden, in Krisen ihr Funktionieren beibehalten, sich an die Herausforderung anpassen und sich langfristig transformieren zu können, um ihr Funktionieren zu verbessern (Keck & Sakdapolrak, 2013). Abgeleitet aus dem aktuellen Forschungsstand ergeben sich aus dieser Definition fünf Handlungsfelder, die es bis zum Ende des Umsetzungszeitraums (Ende 2026) zu stärken gilt:

- Informationen, Fähigkeiten und Lernen: Was können Stadt und Landkreis tun, um Menschen in der Region einen besseren Zugang zu Informationen und Fortbildungen zu ermöglichen, die ihnen helfen, sich auf Krisen vorzubereiten und mit ihnen umzugehen?
- Gemeinschaftsnetzwerke: Was können Stadt und Landkreis tun, um Netzwerke zu schaffen und zu fördern, die Menschen dabei helfen, auf Krisen zu reagieren?
- Gemeinschaftliche Infrastruktur: Welche Infrastruktur können Stadt und Landkreis schaffen oder verbessern, die in einer Krise Unterstützung erreichbar macht?
- Engagiertes, partizipatives politisches Handeln: Wie können Stadt und Landkreis alle Menschen in der Region stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen?
- Vielfältige und innovative Wirtschaft: Wie können Stadt und Landkreis eine vielfältige und innovative Wirtschaft in der Region unterstützen?

Dabei stehen einige Zielgruppen besonders im Fokus:

- Zum einen die älteren und jüngeren Menschen in der Region, deren Zahl wie beschrieben zunehmen wird.

- Dann die Ehrenamtler:innen, die in einer Krise eine besonders wertvolle Stütze für die Gesellschaft sind.
- Auch Mitarbeiter:innen der Verwaltungen sind eine Zielgruppe, um Know-how aufzubauen, dass eine Smarte Region dauerhaft unterhalten werden kann.
- Und schließlich gilt es, etwas für Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf zu tun, denn die Resilienz einer Gemeinschaft hängt immer auch von der Widerstandskraft ihrer einzelnen Mitglieder ab.

Die Ziele des Gesamtprojekts leiten sich direkt aus den Zielgruppen und Handlungsfeldern ab. Die Wirksamkeit der umgesetzten Maßnahmen soll sich dabei vor allem an folgenden Kriterien bemessen lassen, die in repräsentativen Umfragen 2023 und 2026 erhoben werden sollen:

- Wie gut fühlen sich die Zielgruppen mit Informationen versorgt, die sie benötigen, um sich auf eine Krise vorzubereiten oder darauf zu reagieren?
- Wie sehr fühlen sich die Menschen aus den Zielgruppen als Teile einer Gemeinschaft, die sie im Falle einer Krise unterstützt?
- Wie hoch schätzen die Zielgruppen ihren Einfluss auf politische Entscheidungen ein?

Ergänzend sollen die im Kapitel Ziele des Strategiepapiers formulierten Kennzahlen zur Beurteilung des Erfolgs des Gesamtprojekts dienen.

Alle Maßnahmen, die in diesem Projekt umgesetzt werden, zahlen direkt auf die definierten Ziele und Handlungsfelder ein. Die sieben geplanten Maßnahmen sind:

- Heldenhelfer: ein digitaler Werkzeugkasten für Ehrenamtler:innen, der ihr soziales Engagement sichtbarer und effektiver machen soll
- Wie geht's: eine intelligent durchsuchbare Sammlung der vielen bestehenden Unterstützungsangebote für Menschen in einer psychischen Belastungssituation, die hilft, schneller zum richtigen Angebot zu kommen
- Heimatforum: Infrastruktur für aufsuchende Angebote in Stadtteilen und Landkreismunicipalitäten, die gesellschaftliche Teilhabe erleichtert
- Mach mit: digitale und analoge Infrastruktur, die eine hybride Öffentlichkeitsbeteiligung und eine gemeinsame Diskussion aller möglich macht
- Changelab: Testlabor für „New Work“-Ansätze in der Verwaltung
- Wue App: der einheitliche Zugang zu digitalen (Verwaltungs-)Dienstleistungen und Informationen der Verwaltungen
- Smart City Hub: das technologische Rückgrat der Smarten Region Würzburg und zentrale Schnittstelle für den sicheren und kontrollierten Zugriff auf Daten der Verwaltungen

Abschließend ist zu betonen, dass die vorliegende Strategie im engen und kontinuierlichen Austausch mit den Zielgruppen und Vertretern und Vertreterinnen der Anspruchsgruppen aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft erarbeitet wurde. Da sich die Anforderungen an die Smarte Region sehr dynamisch verändern können, muss die Strategie zudem als lebendes Dokument betrachtet werden, das sich weiterentwickeln kann und muss.

Zu Beginn des Prozesses wurde ein neues Team aufgestellt, das viele notwendige Kompetenzen in die beteiligten Verwaltungen einbringt, die ansonsten oft nicht stark genug vorhanden sind – gerade um einige Themen zu bearbeiten, die für die Umsetzung aller

genannten Maßnahmen von großer Bedeutung sind. Zu diesen Themen zählen insbesondere:

- die Erarbeitung einer Datenstrategie,
- ein umfänglicher Datenschutz,
- IT- und Datensicherheit,
- die Nutzung und Erstellung von Open Source Software,
- die umfängliche Veröffentlichung und Nutzung von Open Data
- und die Umgestaltung von Verwaltungsprozessen nach modernen Methoden aus dem Bereich New Work.

Zu allen übergreifenden Themen gibt es vertiefende Beschreibungen im Anhang der Strategie.

Beschlussvorschlag:

Der Interkommunale Ausschuss stadt.land.wü empfiehlt dem Kreistag und dem Stadtrat, die vorliegende Strategie mit dem Titel: „Menschlich aus der Krise – Strategie der Smarten Region Würzburg zur Stärkung der sozialen Resilienz“ zu beschließen.

Debatte:

Herr Seidel, Smarte Region Würzburg, erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Interkommunale Ausschuss stadt.land.wü empfiehlt dem Kreistag und dem Stadtrat, die vorliegende Strategie mit dem Titel: „Menschlich aus der Krise – Strategie der Smarten Region Würzburg zur Stärkung der sozialen Resilienz“ zu beschließen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: IKA slw/2023.02.15/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an StabL

Zur Kenntnis an SFB 6, SFB 8

Troll
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 15.02.2023	Vorlage: StabL/008/2023
		TOP 2
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

**Bus-Bevorrechtigung an Lichtsignalanlagen in der Versbacher Straße und
Busspur in der Schweinfurter Straße**

Anlage/n: Präsentation
Mitteilungsvorlage der Stadt Würzburg
3 Dokumentationen

Sachverhalt:

Der Tagesordnungspunkt dient der Information.

Beigefügt ist die Mitteilungsvorlage der Stadt Würzburg aus der Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Mobilitätsausschusses vom 17.01.2023, die den Sachverhalt zusammenfasst.

Debatte:

Herr Dröse, Leiter der Stabsstelle Landrat, erläutert anhand einer Präsentation den Sachverhalt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an StabL

Troll
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 15.02.2023	Vorlage: SFB7/004/2023
		TOP 3
		öffentlich
Fachbereich: SFB7 - Klimaschutz, Energiewende und Mobilität		

Betreff:

Radverkehrskonzept für Stadt und Landkreis Würzburg

Anlage/n: Präsentation
Antrag vom 15.01.2023
Beschlussauszug IKA 21.06.2021
Stellungnahme der Stadt Würzburg

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 15.01.2023 wurde von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und Stadtrat beigefügter Antrag gestellt.

Seitens des Landkreises wurde dieses Thema am 26.03.2021 im Ausschuss für Bauen, Verkehr und Infrastruktur behandelt und im Interkommunalen Ausschuss am 16.06.2021 gemeinsam mit dem Stadtbaurat Benjamin Schneider vorgestellt – siehe Auszug aus dem Protokoll in der Anlage.

Das Radverkehrsnetz des Landkreises Würzburg wird baulich und hinsichtlich des laufenden Unterhaltes durch die jeweilige kreisangehörige Gemeinde betreut.

Der Landkreis berät und fördert Radwegemaßnahmen und hat die Koordinationsaufgabe des „Radverkehrsnetz Bayern“ übernommen. Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr konzipiert ein Netz für den Alltagsradverkehr, das alle bayerischen Gemeinden möglichst durchgängig und direkt miteinander verbinden soll („Radverkehrsnetz Bayern“). Den Radfahrenden bietet das ‚Radverkehrsnetz Bayern‘ künftig möglichst direkte, schnelle und sicherere Routen zwischen den Städten und Gemeinden Bayerns, die insbesondere für die Alltagsnutzung geeignet sind.

Darüber hinaus dient das Netz als Planungsgrundlage für künftige Verbesserungen der Radverkehrsinfrastruktur und bauliche Maßnahmen (z.B. Lückenschlüsse). Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr hat mittlerweile einen Entwurf für dieses Radverkehrsnetz erarbeitet.

Bei der Netzkonzeption wurden bereits bestehende regionale Radwegenetze berücksichtigt. Zum aktuellen Sachstand können folgende Informationen gegeben werden:

- Rückmeldung am 18.11.2022 vom Staatsministeriums:
Das Radwegenetz im Landkreis Würzburg wurde abgestimmt, die Änderungen, Anpassungen und Ergänzungen eingepflegt. Alle bearbeitenden Stellen erhielten die aktualisierten Unterlagen zur Kontrolle bis 30.12.2022 zugesandt.
Zeitgleich ist zudem die Beteiligung der staatlichen Bauämter, insbesondere hinsichtlich der Netzprüfung an Bundes- und Staatsstraßen erfolgt.

- Am 15.12.2022 wurde vom Landratsamt Würzburg eine Rückmeldung verfasst und um Klärung von 14 Routenänderungen gebeten, welche nicht berücksichtigt wurden. Das Ministerium teilte mit, dass diese Änderungswünsche nicht übernommen werden konnten.
- Die Befahrung durch Beauftragte des Staatsministeriums wird im Anschluss an die Rückmeldungen erfolgen. Nähere Informationen liegen derzeit nicht vor.

Der Stabsstellenfachbereich Klimaschutz, Energiewende und Mobilität des Landkreises Würzburg muss die Ergebnisse der Befahrung abwarten und wird anschließend notwendige Maßnahmen mit den betroffenen Gemeinden und der Stadt Würzburg abstimmen.

Radabstellanlagen an Straßenbahn- und Bushaltestellen in Stadt und Landkreis Würzburg sind mit unterschiedlichen Konzepten und Zuständigkeiten zum Teil schon in der Umsetzung. Beim Landkreis Würzburg hat „Das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg“ eine Fördermöglichkeit vorgesehen. Mit einem einmaligen Zuschuss von max. 10.000 € werden Gemeinden, die u. a. Fahrradabstellplätze mit einer ÖPNV-Anbindung errichten, gefördert.

Die Stadt Würzburg baut solche Anlagen in eigener Zuständigkeit Stück für Stück aus.

Debatte:

Herr Malsch, Stadt Würzburg Tiefbau- und Verkehrswesen, führt mit einer Präsentation in den Sachverhalt ein.

Herr Mattheis, Stadt Würzburg Tiefbau- und Verkehrswesen, informiert mit der Präsentation über die Radachsen der Gemeinden Estenfeld, Höchberg, Veitshöchheim, Gerbrunn und Reichenberg.

Kreisrat Hansen erwähnt, dass die Radachse Höchberg nicht durchgängig sei. Deshalb wurde auch der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Kreisräte und Stadträte) gestellt. Er regt an, Autospuren für den Radverkehr wegzunehmen.

Herr Malsch entgegnet, dass diese Radachsen 2016 beschlossen wurden, auch um daran zu arbeiten. Eines der größten und der schwierigsten Projekte in der Zukunft ist die Leistenstraße. Die Wichtigkeit der Radachsen sei bekannt.

Kreisrat Hansen erkundigt sich nach dem Grunderwerb, nachdem der Bayerische Landtag beschlossen hat, dass auch für Radwege Enteignungen möglich sind.

Herr Schneider, Stadtbaurat Stadt Würzburg, erwidert, dass Enteignung ein schwieriges Thema sei. Es bestanden Bemühungen für ein wasserrechtliches Verfahren, um eine Enteignung vornehmen zu können. Dieses führte nicht zu Erfolg. Eine Prüfung der neuen gesetzlichen Grundlagen wird noch erfolgen. Mit dem Markt Reichenberg hat man sich auf eine geänderte Planung verständigt.

In der Leistenstraße besteht eine multiple Problemlage, eine Sanierung kostet sehr viele Mio. Euro. Für den Brückenschlag über den Main konnte ein Gutachten beauftragt werden.

Seitens der Landes gibt es über die Radinitiative Bayern eine 80%ige Förderung. Mit Fachleuten werde überlegt, welche Stelle am sinnvollsten für den Brückenschlag für den Rad- und Fußverkehr wäre. Vor der Sommerpause soll ein Ergebnis dem Stadtrat vorgetragen werden.

Herr Graf, Landratsamt Würzburg Fachbereich Klimaschutz, Energiewende und Mobilität, schildert anhand der Präsentation die Lage im Landkreis Würzburg.

Landrat Eberth informiert die Stadträte des Gremiums darüber, dass im Entwurf des Kreishaushaltes für ein mögliches Radverkehrskonzept 100.000 € eingestellt wurden.

Kreisrat Hansen führt zum Antrag die Vorstellungen der Grünen aus. Ein Problem sei, wenn Gemeinden Baulast haben, dass es eine Kette von Radwegabschnitten gibt, die nicht immer durchgängig sind. Deswegen braucht es nach Ansicht der Grünen ein Radverkehrskonzept in Absprache mit den Gemeinden. Er begrüßt es, dass Mittel dafür im Haushalt eingeplant sind. Er würde gerne heute den Beschluss fassen, dass der IKA eine Empfehlung an den Stadtrat bzw. Kreistag weitergibt und beantragt eine entsprechende Beschlussfassung.

Landrat Eberth informiert, dass der Stadtrat den Beschluss für die Weiterentwicklung des Radverkehrskonzeptes bereits gefasst hat.

Der Antrag auf Beschlussfassung wäre dann nur noch eine Empfehlung an den Kreistag.

Er lässt über den Antrag wie folgt abstimmen:

Ja: 12 Nein: 8 Anwesend: 20

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen

Im Anschluss lässt Landrat Eberth über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Interkommunale Ausschuss stadt.land.wü. empfiehlt dem Kreistag ein Radverkehrskonzept für den Landkreis Würzburg in interkommunaler Abstimmung mit der Stadt Würzburg zu erstellen.

Beschluss:

Der Interkommunale Ausschuss stadt.land.wü. empfiehlt dem Kreistag ein Radverkehrskonzept für den Landkreis Würzburg in interkommunaler Abstimmung mit der Stadt Würzburg zu erstellen.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja: 11 Nein: 9 Anwesend: 20

Beschluss-Nr.: IKA slw/2023.02.15/Ö-3

Zur weiteren Veranlassung an StabL, SFB 7

Zur Kenntnis an SFB 1, KrPA

Troll
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 15.02.2023	Vorlage: StabL/007/2023
		TOP 4
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:
Zukunftsstrategie stadt.land.wü. - Workshop

Anlage/n: Präsentationen
Workshop Agenda mit Sachstandsbericht
Datenblätter zum Workshop

Sachverhalt:

Die Stadt Würzburg ist nach der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms seit 2018 als ein Regionalzentrum ausgewiesen, auch „Regiopole“ genannt. Regionalzentren sollen als überregional bedeutsame Bildungs-, Handels-, Kultur-, Messe-, Sport-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsschwerpunkte weiterentwickelt werden. Sie sollen zur räumlichen und wirtschaftlichen Stärkung eines weiten Umlandes positive Impulse setzen. Dementsprechend sind Stadt und Landkreis Würzburg – das Regionalzentrum und sein Umland – in vielen Aufgabenbereichen eng miteinander verflochten.

Bereits seit Beginn des Jahrzehnts bestehen Überlegungen zur Intensivierung und Institutionalisierung der Stadt-Umland-Kooperation.

Handlungsfelder dieser Überlegungen sind u. a. die Kommunale Bauleitplanung (z. B. interkommunale Bauleitplanung, Abstimmung bei Gewerbeflächen), Schulen (Kooperation von Berufsschulen, Gymnasien und der Schulen in Stadt und Landkreis allgemein), Sport, Kultur, Tourismus, ÖPNV, Verkehr (Ausbau A3 + A7, Schienenverkehr, Verkehrslandeplatz Giebelstadt), Agenda 21 und 2030, Soziales (Ausgleich sozialer Lasten), Finanzen (FAG, Gewerbesteuerpolitik) und Wirtschaft (Gewerbeflächenentwicklungsplan, Kooperation der Gründerzentren und Fachkräftegewinnung, Förderung).

Die Landesgartenschau 2018 bot für Stadt und Landkreis Würzburg eine einmalige Gelegenheit, die Qualität und Intensität der interkommunalen Zusammenarbeit auf ein höheres Niveau zu heben. Das Ziel, sich als interessanten Wirtschafts-, Arbeits- und Wissenschaftsstandort sowie als attraktiver Lebens- und Erholungsraum vorzustellen, führte in vielen Bereichen zu einer partnerschaftlichen Kooperation auf Augenhöhe. Einige weitere Projekte wurden hieraus entwickelt und umgesetzt.

Zur Wiedererkennung und um einen einheitlichen Auftritt mit entsprechender Außenwirkung zu erzielen, wurde eigens eine Wort-Bild Marke entworfen: „stadt.land.wü – Natürlich Würzburg. Leben in Stadt und Landkreis“. Das Logo wurde schnell zur Marke und sollte von da an für alle Gemeinschaftsprojekte zwischen Stadt und Landkreis eingesetzt werden. Für

die Öffentlichkeitswirksamkeit wurden u. a. Imagefilme und eine gemeinsame Website www.stadt-land-wue.de konzipiert.

Es gibt mittlerweile diverse Projekte zwischen Stadt und Landkreis, die sich in die Handlungsfelder „Demographischer Wandel“, „Wettbewerbsfähigkeit“, „Siedlungsentwicklung“, „Regionale Identität“, „Klimawandel“ und „Sonstiges“ gruppieren lassen. Aufgrund der fehlenden Zieldefinition/Strategie mit Kennzahlensystem sind dies bis dato Einzelprojekte.

Damit diese erfolgreichen Zukunftsprojekte nachhaltige Wirkung zeigen können und sich fort- und weiterentwickeln, bedarf es einer gemeinsamen Vision und einer „stadt.land.wü. Zukunftsstrategie“. Eine klare Zieldefinition und abgestimmte Maßnahmen mit Controlling System sind hierbei aufzunehmen.

Die Regierung von Unterfranken begleitete bisher all diese Kooperationsprojekte mit großem Interesse und unterstützte an vielen Stellen mit Know-how und finanziellen Mitteln. Andere Regionen (Schweinfurt, Augsburg und Landshut) wurden auf diese besondere Zusammenarbeit aufmerksam und nahmen das gerne als Orientierung auf.

Nachdem mehr und mehr an neuen Ideen und Aufgaben im Rahmen von stadt.land.wü. genannt werden, wurde 2020 mit der Regierung von Unterfranken die Möglichkeit einer Strategieentwicklung und deren Förderung geprüft. Durch die Pandemie standen hierfür bisher keine Kapazitäten zur Verfügung, um den Prozess strukturiert vorzubereiten.

Mögliche weitere Vorgehensweise:

Ein Antrag auf Projektförderung nach der Förderrichtlinie Landesentwicklung – FöRLa – Förderung Strategieentwicklung – wird gerade vorbereitet. Ziel wäre es, die bisherigen und künftigen Aufgabenfelder interkommunaler Zusammenarbeit zu sondieren, Möglichkeiten abzuwägen und Maßnahmen zu erarbeiten.

Die Vereinbarung des IKA bietet hierzu als Grundlage bereits einige Handlungsfelder und Themengebiete.

Der Fördersatz beträgt voraussichtlich 90 % und grundsätzlich einen Höchstförderbetrag von 50.000 € pro Jahr. Bei einer umfassenden Bürgerbeteiligung könnten weitere 25.000 € pro Jahr gewährt werden.

Für die Projektzuständigkeit, Antragstellung, und Koordination der Strategieentwicklung würde der Landkreis Würzburg, Stabsstellenfachbereich Regionalmanagement, Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung (SFB 8), verantwortlich zeichnen.

Das Personal zur Projektumsetzung der Strategieentwicklung im Rahmen des Regionalmanagements wird vom Landkreis Würzburg durch Freistellung von vorhandenem Personal (Personaleinsatz voraussichtlich 50%) im Stabsstellenfachbereich Regionalmanagement, Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt.

Ein Stadt-Koordinator arbeitet innerhalb eines vordefinierten Zeitkontingents, um eine reibungslose Information sowie Kommunikation zwischen der Stadt und dem Landratsamt zu gewährleisten.

Darüber hinaus soll eine Agentur zur Begleitung und Beratung des Strategieprozesses hinzugezogen werden.

Zur Antragsvorbereitung, Sondierung der bisherigen Themenfelder und Identifikation von weiteren Handlungs- und Umsetzungsbedarfen ist mit den Mitgliedern des IKA in einem Auftaktworkshop eine Bestandsaufnahme und erste Ideensammlung vorgesehen.

Die Agenda und der kurze Sachstandsbericht sind als Anlage beigefügt.

Der Workshop wird rund 90 Minuten Zeit in Anspruch nehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Interkommunale Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat und dem Kreistag einen Antrag zur Entwicklung einer Zukunftsstrategie für die interkommunale Zusammenarbeit zeitnah in Auftrag zu geben.

Die ungedeckten Kosten sollen zu gleichen Teilen von Stadt und Landkreis Würzburg getragen werden.

Die hierfür erforderliche Kooperationsvereinbarung soll u. a. die Grundlage für die Beschlussfassung in den Gremien sein.

Debatte:

Frau Klein, Regierung von Unterfranken, führt anhand einer Präsentation zum Thema hin und stellt dabei die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Zusammenarbeit heraus.

Landrat Eberth und Oberbürgermeister Schuchardt stellen anhand einer Präsentation die Strategie kurz vor.

Im Anschluss findet ein Workshop statt.

Es werden 5 Arbeitsgruppen mit folgenden Themenfeldern gebildet:

Umwelt-und Klimaschutz (Mobilität)	Kultur, Schule und Sport	Wirtschaft und Wettbewerb	Bau und Infrastruktur	Jugend, Familie und Soziales
---	-------------------------------------	--------------------------------------	----------------------------------	---

Siehe hierzu Datenblätter zum Workshop in der Anlage.

Landrat Eberth lässt über den Beschluss abstimmen und übergibt im Anschluss den Vorsitz an Oberbürgermeister Schuchardt.

Beschluss:

Der Interkommunale Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat und dem Kreistag einen Antrag zur Entwicklung einer Zukunftsstrategie für die interkommunale Zusammenarbeit zeitnah in Auftrag zu geben.

Die ungedeckten Kosten sollen zu gleichen Teilen von Stadt und Landkreis Würzburg getragen werden.

Die hierfür erforderliche Kooperationsvereinbarung soll u. a. die Grundlage für die Beschlussfassung in den Gremien sein.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: IKA slw/2023.02.15/Ö-4

Zur weiteren Veranlassung an StabL

Zur Kenntnis an SFB 1, KrPA

Oberbürgermeister Schuchardt bedankt sich bei allen Beteiligten des Workshops und beendet die Sitzung um 18:45 Uhr.

Troll
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Schuchardt
Vorsitzend/r